

Impunidade – das Problem der Straflosigkeit in Brasilien

Impunidade liegt vor, wenn eine Person nicht bestraft wird, obwohl sie eine im rechtlichen Sinne strafwürdige Handlung begangen hat. *Impunidade* ist die Nicht-Verhängung einer Strafe und ebenso der Nicht-Vollzug einer verhängten Strafe. *Impunidade* bedeutet daher letztlich Straflosigkeit.

TEXT: KATHARINA RIEHLE

In Brasilien ist die Straflosigkeit ein bekanntes Phänomen, das unmittelbar durch das Justizsystem und die Politik gefördert wird. Die Tageszeitung *O Globo* hat im Monat Juni 2007 eine Artikelserie zum Thema *Impunidade* veröffentlicht, die Grundlage des vorliegenden Beitrags ist.

Ein Privileg der Eliten

Die *Impunidade* gibt es in Brasilien nicht erst seit gestern. Schon in der Kolonialzeit wurden die Armen für ihre Vergehen grausam bestraft, während die Eliten stets auf milde und nachsichtige Richter trafen.

Impunidade ist seit jeher in erster Linie ein Privileg für den Bürger der oberen Schichten. Die untere Klasse allerdings ist der Willkür der Polizei ausgesetzt. *Impunidade* ist somit nicht nur ein juristisches, sondern auch ein soziales Phänomen.

Warum gibt es die *Impunidade* heute noch?

Hunderte Politiker, Bankiers, Unternehmer und Angestellte sind des Betrugs oder anderer Verbrechen angeklagt, aber weit vom Gefängnis entfernt. Ihre *Impunidade* lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen:

- die Überlastung der Gerichte
- die Lücken im Gesetzestext
- das Übermaß an Verzögerungen der Prozesse
- Korruption und Erpressung
- und vor allem die Unfähigkeit der Justiz, die Prozesse voranzutreiben

Das „foro privilegiado“

Die *Impunidade* von Politikern und Richtern etc hat einen Namen: das Gesetz des „foro privilegiado“. Dieses



Protest gegen Impunidade in Brasília

erlaubt eine andere Behandlung von Politikern und Magistraten in Kriminalprozessen. Es ist in der Verfassung vorgesehen und garantiert der Staatsgewalt das Recht, nur durch höhere Gerichte (Supremo Tribunal Federal - STF und den Superior Tribunal de Justiça - STJ) untersucht und verurteilt zu werden.

Im Hinblick auf diese beiden Institutionen (STF und STJ) wird das Ausmaß der *Impunidade* sichtbar: Nach einer Studie der Richtervereinigung Associação dos Magistrados Brasileiros (AMB) wurden seit 1988 im STF 130 Strafverfahren aufgenommen. Von diesen 130 Verfahren wurden nur 6 abgeschlossen. Sie endeten mit einem Freispruch der Angeklagten. Vor dem STJ wurden seit 1988 483 Strafverfahren behandelt. Davon wurden 16 abgeschlossen, darunter 5 Verurteilungen und 11 Freisprüche. Diese Fälle beziehen sich nur auf die Prozesse, die gegen Personen der

Staatsgewalt geführt wurden, die das „foro privilegiado“ besitzen.

Für die AMB beweisen diese Zahlen, dass den obersten Gerichten die Struktur fehlt, solche Prozesse zu führen. Das liegt vor allem an der geringen Zahl von Richtern im Vergleich zu den vielen Fällen, die an die Gerichte herangetragen werden (an den STF 116 000 im Jahre 2006, an den STJ sogar 250 000.)

Vielzahl der Instanzen und Berufungen

Ein zentraler Grund für die *Impunidade* beginnt bereits früher im juristischen Labyrinth: durch das Übermaß an Berufungsmöglichkeiten. Für 86% der Richter ist dies nach einer Umfrage der AMB der wichtigste Grund für die *Impunidade* im Land. So ist es möglich, einen Prozess auf 40 Jahre zu verlängern, während die Höchststrafe bei 30 Jahren liegt. Wer über genügend Geld und Beziehun-

gen verfügt, kann einen Prozess durch verschiedene Berufungen so lange hinauszögern, bis er verjährt ist.

Der Fall Paulo Maluf

Ein bekanntes Beispiel für *Impunidade* im Bereich der Politik ist der Fall Maluf (ehemals Bürgermeister von São Paulo). Die brasilianische Justiz hat eine Reihe von Dokumenten entdeckt, die Überweisungen in Höhe von 446 Millionen US\$ auf Konten im Ausland belegen, die Maluf zugeordnet werden konnten. Bis September 2005 war Maluf bereits in über 150 Prozesse verwickelt. In den letzten drei Jahren musste er sich in 30 Prozessen verantworten, aber bis zu diesem Moment war er kein einziges Mal verurteilt worden. Seine illegalen Einnahmen, Unterschlagungen etc haben bereits Summen in unfassbaren Höhen erreicht: mehr als 344 Millionen US\$.

Der Fall „Mafia der Vampire“

Ebenfalls für großes Aufsehen sorgte der Fall der „Mafia der Vampire“: Im April 2004 nahm die Polícia Federal 17 Unternehmer, Lobbyisten und öffentliche Angestellte wegen des Betrugs bei Ausschreibungen und dem Kauf von Medikamenten fest. Es war der erste der großen Skandale, in die die Regierung Lula verwickelt war und schockte die öffentliche Meinung in hohem Maße.

Allerdings reichte der Skandal in die Zeit früherer Regierungen zurück. Große Unternehmen, Beamte des Gesundheitsministeriums und Lobby-

isten hatten sich zu einer kriminellen Vereinigung zusammengeschlossen, ließen die Regierung überhöhte Preise für Medikamente gegen Blutkrankheiten zahlen und veruntreuten somit zwischen 1990 und 2003 Gelder der öffentlichen Kassen in der unglaublichen Höhe von 2 Milliarden R\$ (ca. 740 Millionen Euro). Daher stammt auch der Name „Mafia der Vampire“. Heute jedoch, vier Jahre nach Aufdeckung des Skandals, befindet sich der Prozess immer noch in der Anfangsphase.

Das „foro privilegiado“ in der Justiz

Nicht nur Politiker ge- bzw. missbrauchen ihr „foro privilegiado“. Dieses ist ebenfalls Richtern vorbehalten. Wenn sie selbst auf die Anklagebank kommen, profitieren sie von ihren Kollegen, die ihnen eine Wohltat erweisen und niemanden aus den eigenen Reihen verurteilen wollen.

Im Jahre 2005 wurde der Conselho Nacional de Justiça (Nationaler Justizrat) geschaffen, um die Fehltritte von Richtern aufzuklären. Seitdem kam es zu 880 Anklagen, vor allem wegen des Verkaufs von Urteilen. Nur 20 der 880 Angeklagten wurden aus ihren Positionen entlassen, kein einziger Richter wurde in dieser Zeit verurteilt.

Es haben jedoch 26 Richter um frühzeitige Rente gebeten, um der Disziplinarstrafe zu entgehen. Mit dem Ruhestand eines Richters werden die offenen Ermittlungen gegen ihn eingestellt, er erhält aber weiterhin seine volle Rente.

So geschah es auch im Falle des früheren Richters des STJ Vicente Leal: Er war in Urteilsverkäufe an Drogenhändler verwickelt. 2003 wurde er aus dem Amt entlassen, 2004 kam es zum Beschluss, interne Ermittlungen aufzunehmen. Diesen kam Leal durch die Einreichung seiner Rente zuvor. So entgeht er einem Prozess, und da er bereits 30 Jahre Dienst absolviert hatte, wird ihm sein Rentengehalt in voller Höhe ausbezahlt: R\$ 23 275 pro Monat (ca. 8.000 Euro).

Ausblick

Die brasilianische Gesellschaft, so der Präsident der AMB Rodrigo Collaço, wächst mit dem Bewusstsein auf, dass jemand, der politische und wirtschaftliche Macht besitzt, nicht das Ziel von Untersuchungen sein dürfe; das habe einen großen Anteil an der *Impunidade*. Deshalb sei es von zentraler Bedeutung zunächst mit diesem Element der brasilianischen Kultur zu brechen.

Mitte August 2007 hatten in São Paulo 5 000 Personen gegen die *Impunidade* demonstriert. Die Richtervereinigung AMB hat verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, darunter u.a. die sofortige Abschaffung des „foro privilegiado“. Der Protest gegen die fatalen Folgen der *Impunidade* wächst. Verschiedene Fälle zeigen jedoch, dass die politische Klasse ihre Privilegien und ihre Straflosigkeit selbst unter Inkaufnahme der Beschädigung der Institutionen der Demokratie verteidigen. ■

ANZEIGE

p u s c h m a n n
v e i g a

Rechtsanwälte / Advogados

Gisela Puschmann
Testamentsvollstreckerzeugnis
Certificado de Executor Testamentário
Fachanwältin für Familienrecht
Advogada Especializada em Direito de Família

Maria de Fátima Veiga
Fachanwältin für Arbeitsrecht
Advogada Especializada em Direito do Trabalho

In Kooperation mit / em cooperação com

Michael Steinmetz
Steuerberater
Friedrichsdorf / Taunus

Neben diesen Spezialisierungen betreuen wir Sie und Ihr Unternehmen insbesondere im Handelsrecht, Gesellschaftsrecht sowie Steuerrecht und Lebensmittelrecht, insbesondere bei deutsch-brasilianischen und deutsch-portugiesischen Rechtsbeziehungen.

Para além das especialidades, prestamos ainda assistência especialmente nas áreas do Direito Comercial, Societário, Fiscal e Alimentar especialmente no âmbito das relações jurídicas teuto-brasileiras e luso-alemãs.

Unser Service für Sie, persönlich und kompetent.

Prestamos os nossos serviços pessoalmente e com competência

Lurgiallee 6-8 · 60439 Frankfurt am Main · Fone: 069-9573590 · Fax: 069-95735910
e-mail: info@puschmann-international.com · Internet: www.puschmann-international.com